

BETTINA WILHELM NOMINIERT

Am 4. Mai 2012 fand die Nominierungskonferenz der SPD Stuttgart statt. Die rund 100 Delegierten haben mit nur einer Gegenstimme Bettina Wilhelm nominiert und damit ihre Unterstützung für ihre Kandidatur ausgesprochen.

In der 45-minütigen Vorstellung stellte Wilhelm ihre Ziele als zukünftige Oberbürgermeisterin Stuttgarts dar. Für sie ist es keine populistische Floskel, wenn sie die Bürger enger einbinden und zuhören will. Ihre Bodenständigkeit hat sie bei der Stadtbezirke-Tour bereits unter Beweis gestellt. Ein weiteres Instrument könnte hierfür auch der Bürgerhaushalt sein. Dabei muss aber sichergestellt sein, dass alle Personengruppen auch eingebunden werden. Genau das war eine Schwäche des Bürgerhaushalts, weshalb er weiterentwickelt werden muss. Wilhelm will nach dem Streit um Stuttgart 21 die Identität der Stadt mit den Bürgern wieder herstellen. Das sei

Kärnerarbeit, für die sie aber nicht zu schade ist.

Ihre politischen Schwerpunkte liegen aber in der Sozial- und Bildungspolitik. Mit ihren Erfahrungen als zuständige 1. Bürgermeisterin in Schwäbisch Hall setzt sie sich insbesondere das Ziel, den Ausbau der Kindertagesstätten in Stuttgart aktiv voran zu treiben. Jedes Kind und jeder Schüler soll die gleichen Chancen haben, sich individuell zu entwickeln. Darüber hinaus möchte sie sich für eine alternative Kulturpolitik einsetzen. Stuttgart hat großartige Kulturinstitutionen, aber wenn das Theaterhaus schon als „alternativ“ gelte, dann gibt es hier noch weiteren Spielraum „für experimentellere Kulturformen“.

Mehr Informationen über Bettina Wilhelm gibt es auf der Homepage (www.bettina-wilhelm.net), Facebook (Bettina-Wilhelm) oder Twitter ([wilhelmbettina](https://twitter.com/wilhelmbettina)).



Bettina Wilhelm, Oberbürgermeisterin für Stuttgart



Liebe Genossinnen und Genossen,

nach den beiden Regionalkonferenzen und der Stadtbezirke-Tour hat die Kreisdelegiertenkonferenz Bettina Wilhelm fast einstimmig nominiert. Das zeigt, die anwesenden Genossinnen und Genossen sind von ihr überzeugt und stehen voll hinter unserer Kandidatin, auch wenn sie kein SPD-Parteibuch besitzt. Der Grund ist einfach: Bettina Wilhelm besitzt ein klares sozial demokratisches Profil.

Auch das Kandidierendentableau der anderen Parteien scheint sich langsam zu vervollständigen. Was aber sofort auffällt: Die SPD setzt als einzige Partei auf eine Frau und gibt damit das Ziel aus: Stuttgart braucht endlich eine weibliche Oberbürgermeisterin. Als amtierende Bürgermeisterin in Schwäbisch Hall hat Bettina Wilhelm bereits bewiesen, dass sie „Leadership-Qualitäten“ für das Amt hat. Mit ihrer Bodenständigkeit vervollständigt unsere Kandidatin ihr Profil. Und auf beides kommt es für eine Oberbürgermeisterin an. Lernen Sie sie einfach kennen.

Herzliche Grüße

Dejan Perc
Vorsitzender SPD Stuttgart

NEUES AUS DEM KREIS

SPD STUTTGART LÄDT ZUM 1. GRÜN-ROTEN BADEN-WÜRTTEMBERG DIALOG

SPD-Kreisvorsitzender Dejan Perc: „Mit dem 1. Baden-Württemberg Dialog wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern nach dem ersten Jahr Grün-Rot gemeinsam Bilanz ziehen.“

Am 9. Mai 2012 ist es genau ein Jahr her, dass Bündnis 90 / Die Grünen und die SPD Baden-Württemberg ihren gemeinsamen Koalitionsvertrag unterzeichnet haben und der lange überfällige Politikwechsel in unserem Land endlich beginnen konnte. Ein Jahr Grün-Rot im Ländle ist ein guter Zeitrahmen um mit den Menschen eine offene Bilanz zu ziehen. Anlässlich des Jubiläums veranstalten die beiden Landesparteien ihren ersten Baden-Württemberg Dialog mit den Mitgliedern der Landesregierung und

den Spitzen der Grünen und der SPD in Baden-Württemberg. Die Konferenz findet statt am 9. Mai 2012, nachmittags, im Haus der Architekten in Stuttgart, dem Ort der Koalitionsverhandlungen vor einem Jahr.

Politik ist für die Menschen da

„Mit dieser Konferenz der Bürgerinnen und Bürger wollen wir unterstreichen, wie ernst wir es mit dem Dialog meinen“, erklärte der Stuttgarter Kreisvorsitzende Dejan Perc. Jeder Kreisverband der SPD und der Grünen im Land kann zu dieser Konferenz Bürgerinnen oder Bürger entsenden, die dann auf der Veranstaltung unter anderem mit Nils Schmid und Winfried Kretschmann direkt ins Gespräch kommen.

Die SPD Stuttgart hat Pfarrer Werner Baumgarten vom Arbeitskreis Asyl und Harald Stingle vom Hotel Silber benannt. Beide Personen setzten sich herausragend in ihrer Ehrenamtsarbeit für die Menschen in der Landeshauptstadt ein.

„Die Zeiten der Basta-Politik sind vorbei“, so Perc. „Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern will Grün-Rot den Politikwechsel verwirklichen. Alle sind eingeladen, das neue Baden-Württemberg zu gestalten. Politik ist für die Menschen da.“

Weitere Informationen zu den beiden „Bürgern“ finden Sie im Internet unter: <http://www.ak-asyl-stuttgart.de/> und <http://www.hotel-silber.de/>

MEHR ZÜGE AUF DER SCHUSTERBAHN?

von Thomas Leipnitz

Nach dem letzten Vorstoß der SPD-Regionalfraktion vor einigen Jahren für eine Aufwertung der Schusterbahn, die dann aufgrund der Kürzung im Koch-Steinbrück-Papier leider auf Eis gelegt werden musste, ist erfreulicherweise in der letzten Zeit wieder Bewegung in die Diskussion gekommen.

Die Verwaltung des Verband Region Stuttgart prüft derzeit im Auftrag des Verkehrsausschusses, ob und mit welchem Aufwand eine Taktverlängerung bzw. -verdichtung machbar ist. Derzeit sind nur je vier Zugpaare morgens und abends zwischen Untertürkheim und Kornwestheim unterwegs. Untersucht werden soll unter anderem ein ganztägiger Stundentakt. Diese Überlegungen sind in die Aufstellung des neuen Regionalverkehrsplans eingebettet, der ein regionales Grundangebot für den Öffentlichen Personennahverkehr in der Region Stuttgart definieren soll. Untersucht werden soll außerdem eine Verlängerung der Schusterbahn über Untertürkheim und Kornwestheim hinaus bis nach Esslingen und Ludwigsburg. Erleichtert wird dies durch den Bau von Stuttgart 21, weil durch frei werdende Zugtrassen im

Neckartal Richtung Ulm Platz für mehr Nahverkehrszüge geschaffen werden kann. Aus dem gleichen Grund wird übrigens derzeit vom Verband Region Stuttgart auch die Verlängerung der S-Bahn ins Filstal geplant.

Aus vielerlei Gründen würde nach Ansicht der SPD-Regionalfraktion die Aufwertung der Schusterbahn Sinn

machen: so könnten zum Beispiel von dieser ausgebauten Direktverbindung mit einem guten ÖPNV-Angebot die zahlreichen Pendler zwischen diesen beiden Räumen profitieren und dadurch die hoch belasteten Bundesstraßen B 10 und B 27 entlastet werden.

Kontakt:

thomas.leipnitz@region-stuttgart.org



Bahnhof Untertürkheim: Die SPD setzt sich für Züge auf der Schusterbahn ein

NEUES AUS DEM KREIS

„LOKALE AGENDA SILLENBUCH“ IN BERLIN

„Nachhaltigkeit ein Gesicht geben“ lautete das Motto der Nachhaltigkeits-Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich des Erdgipfels „Rio+20“. Auf Einladung von Ute Vogt stellte die „Lokale Agenda Sillenbuch“ am 25.04. ihre Arbeit auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes interessierten Gästen und Politikern vor. Die „Lokale Agenda Sillenbuch“ trägt in Stuttgart dazu bei, das Thema „Nachhaltigkeit“ vor Ort mit Leben zu füllen.

Insgesamt 50 Initiativen aus ganz Deutschland präsentierten ihre lokale Arbeit an einem der globalen Zukunftsthemen. Im Vorfeld des Erdgipfels ‚Rio+20‘ im Juni gab die SPD-Bundestagsfraktion mit der Konferenz den vielen Nachhaltigkeitsinitiativen und Bürgerprojekten eine Plattform. Über die SPD wollen wir die Vernetzung der Initiativen fördern und versuchen, voneinander zu lernen. Die guten Projektideen auf der Konferenz müssen auch andernorts Nachahmer finden. Auf einem ‚Markt der Möglichkeiten‘ zeigten unter anderem Agenda-Gruppen, Schulprojekte, internationale Patenschaftsprogramme, Naturschutz- und Fairtrade-Initiativen, wie vielfältig das Nachhaltigkeitsengagement in Deutschland ist.

Eine anschließende Podiumsdiskussion mit hochrangigen Vertretern des

Nachhaltigkeitsrates, WWF, Oxfam und B.A.U.M. e.V. zeigte, an welchen Stellen Politik und Gesellschaft noch neue Wege gehen müssen, um das Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft zu erreichen.

Hintergrundinfo zur „Lokalen Agenda Sillenbuch“

Die Lokale Agenda wurde im Stadtbezirk u.a. bekannt durch zahlreiche Projekte zur Nachhaltigen Entwicklung unserer Umwelt (seit 2005 jährlich stattfindenden Solartage, Landschaftspark Filder, »Wir tun was!« u.v.m.). Die Lokale Agenda Sillenbuch ist der Zusammenschluss von insgesamt 11 Arbeitskreisen und Initiativen mit sehr unterschiedlichen Zielen und Aktionsfelder, wie „AK Asyl“, „Die Sillenbacher Meile“, „AK umweltfreundliche Energien“, „Landschaftspark“, „Umweltgerechtes Handeln in Privathaushalten“, „Riedenberger Feuerwehr“, „Kirchliches Umweltmanagement Grüner Gockel“, „AK Verkehr“, „Zukunftsforum“, „Lehrgarten der Kleingärtner“, „Eine Weltladen“ (im



Aufbau). Nachhaltigkeit heißt für die „Lokale Agenda Sillenbuch“ auch, die Projekte mit langem Atem und Hartnäckigkeit zu verfolgen. Bezirksbeirat und Lokale Agenda stehen in regelmäßigem Informationsaustausch. Bestehende Vereinsstrukturen decken einen großen Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement für den Stadtbezirk ab und werden deshalb bewusst in das Netzwerk der Lokalen Agenda - soweit gewünscht - eingebunden.

Mehr zur „Lokalen Agenda Sillenbuch“ auf deren Webseite <http://lokale-agenda-sillenbuch.de/>

STUTTGART PROFITIERT VOM JAHRESKRANKENHAUSPROGRAMM 2012

Die grün-rote Landesregierung hat am Dienstag das Krankenhausbauprogramm für das Jahr 2012 beschlossen. Aus dem Landeshaushalt werden damit 18 besonders dringliche Bauvorhaben im ganzen Land gefördert. Das Land setzt dafür insgesamt 230 Mio. Euro ein. Der Stuttgarter Kreisvorsitzende Dejan Perc freut sich besonders darüber, dass auch die Stuttgarter Projekte am Marienhospital, dem Evangelische Bildungszentrum für Gesundheitsberufe und am Klinikum Stuttgart / Krankenhaus Bad Cannstatt unter die von der Landes-

regierung geförderten Projekte fallen. Insgesamt wurden für Stuttgart rund 100 Mio. Euro Fördermittel beantragt. Davon rund 60 Mio. Euro für den Neubau des Zentrums für seelische Gesundheit in Bad Cannstatt, knapp 37 Mio. für die Erweiterung und den Umbau der Intensiv- und OP-Abteilung am Marienhospital und ca. 4 Mio. Euro für den Neubau des Evangelischen Bildungszentrums für Gesundheitsberufe. Diese Anträge müssen zwar durch die Landesverwaltung noch im Einzelnen geprüft werden. In jedem Fall aber können alle drei Klini-

ken mit einem erheblichen Förderbetrag rechnen.

Die krankenhauspolitische Sprecherin der SPD-Gemeinderatsfraktion Dr. Maria Hackl unterstreicht, dass mit dieser Landungsförderung auch in der Landeshauptstadt der Abbau des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern angegangen werde. „Die Realisierung der Projekte wird zu einer deutlichen Verbesserung der stationären Krankenhausversorgung in der Stadt beitragen“, ist sich Dr. Hackl sicher.

NEUES AUS DEM KREIS

DIE SPD ZUFFENHAUSEN FEIERT DEN TAG DER ARBEIT

von Hans-Georg Kerler

Der Vorsitzende der Zuffenhäuser Sozialdemokraten, Hans-Georg Kerler, stimmte die Gäste auf das Motto des diesjährigen 1. Mai ein: gute Arbeit - gerechte Löhne – faire Arbeitsbedingungen. Gute Arbeit bringe nicht nur Einkommen, sondern bedeute auch Selbstwertgefühl, Emanzipation und Menschenwürde. Deshalb fordere die SPD mit den Gewerkschaften gleichen Lohn für gleiche Arbeit und ordentliche soziale Absicherung. Besonders kritisierte er Dumpinglöhne von 3,50 € oder weniger je Stunde und die Aufstockung dieser Niedrigeinkommen durch Hartz IV. Dadurch sparten unsoziale Firmen Lohnkosten ein, ließen diese von der Gesellschaft finanzieren, maximierten ihre Gewinne und erhöhten den Konkurrenzdruck auf soziale und solide Unternehmen. Deshalb setzten sich Gewerkschaften und SPD für flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne von mindestens 8,50 € ein.

Besonders problematisch habe sich auch die Leiharbeit entwickelt. Die Bundesregierung sehe tatenlos zu, dass in immer mehr Unternehmen

Leiharbeiter eine Quasi-Stammbelegschaft zweiter Klasse bilden. Diese verdienen oft um die Hälfte weniger als ihre fest angestellten Kollegen, die denselben Job machen. Außerdem können sie nicht im Betrieb mitbestimmen und werden nur selten übernommen. Leiharbeit müsse wieder ihre ursprünglich vorgesehene Rolle spielen: die Überbrückung von Auftragsspitzen. Daher sei Leiharbeit auf ein Jahr zu begrenzen.

Viele Gäste waren auch wegen der OB-Kandidatin der SPD, Bettina Wilhelm, gekommen. Sie stellte sich als Stuttgarterin vor, aus einer Rotenberger Weingärtnerfamilie stammend. Obgleich nicht Mitglied der SPD, verbindet sie das Ziel sozialer Gerechtigkeit mit der Partei. Gerade jüngere Menschen bräuchten besonders in der Phase der Familienplanung eine sichere berufliche Perspektive. Alle Stuttgarter Kinder ab drei Jahren hätten einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz, die Praxis zeige etwas anderes. Bei der Betreuung der jüngeren Kinder sehe es noch viel defizitärer aus. Noch sei Stuttgart ent-



gegen dem Slogan keine ausreichend kinderfreundliche Stadt. Bildung und Integration seien ein zentrales Handlungsfeld.

Nach den Kontroversen um S21 möchte sie die Stadt versöhnen. Das Projekt müsse mit den Bürgern zusammen entwickelt werden, besonders bei der Planung im frei werdenden Gleisgelände. Aber auch dezentrale Strukturen in den Stadtteilen müssten gefördert werden – mit gut gestalteten Lebensräumen, bezahlbaren Wohnungen und Bürgernähe der Verwaltung. Die Daseinsvorsorge müsse wieder in kommunale Hand überführt werden. Damit habe sie in Schwäbisch Hall gute Erfahrungen gemacht.

SPD STUTTGART FORDERT VERBOT VON NACHRUNGSMITTELSPEKULATIONEN

Die am 9.5. veröffentlichte Studie der Entwicklungshilfsorganisation Oxfam zeigt in erschreckendem Maße, wie deutsche Finanzinstitute in Spekulationen mit Agrarrohstoffen und damit in Spekulationen mit Essen verwickelt sind. Dass die Landesbank Baden-Württemberg, deren Eigner sich ausschließlich aus der öffentlichen Hand (Land Baden-Württemberg, L-Bank, Sparkassen und Stadt Stuttgart) zusammensetzen, bei derartig windigen Spekulationen laut der Studie auf Platz drei hinter der Allianz und der Deutschen Bank steht, ist alarmierend.

Der Stuttgarter Kreischef Dejan Perc betont, dass sich die SPD Stuttgart nicht erst seit der nun vorgelegten Studie mit diesem Thema beschäftigt. Bei der Kreiskonferenz im November vergangenen Jahres hat das oberste

Beschlussorgan der Stuttgart Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten EINSTIMMIG die SPD-Mitglieder im Aufsichtsrat sowie Gemeinde- und Landtagsfraktion aufgefordert, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, „damit die Landesbank Baden-Württemberg (inkl. aller Tochterunternehmen) den direkten und indirekten Handel mit Agrarrohstoffen unverzüglich beendet und die Vermittlung von Fonds, die mit Agrarrohstoffen handeln oder mit Agrarpreisen spekulieren, unverzüglich einstellt.“

Die SPD Stuttgart fordert anlässlich der aktuellen Studie die LBBW erneut auf, jedwede Spekulation mit Agrarrohstoffen, Lebensmitteln und damit auch mit den Lebensgrundlagen von Menschen unverzüglich einzustellen. Diese Aufforderung richtet sich selbstverständlich nicht nur an die Landes-

bank Baden-Württemberg, sondern auch an die Allianz, die Deutsche Bank und alle öffentlichen und privaten (Finanz-) Akteure. „Die Spekulation mit Lebensmitteln muss endlich verboten werden!“, so Dejan Perc.

Der Stuttgarter Kreischef verweist darauf, dass der Zusammenhang zwischen Nahrungsmittelspekulationen und Hunger klar erkennbar sei. Weltweit hungern mehr als eine Milliarde Menschen. Zusätzlich zu anderen Gründen wie Wettereinflüsse, Kriege etc. verschärfen Spekulationen die Preisschwankungen. Sie führen vor allem zu Steigerungen von Nahrungsmittelpreisen. Die betroffenen Menschen sind dem schutzlos ausgeliefert. „Ich frage mich schon, was für moralische und ethische Vorstellungen vorherrschen, wenn derart mit Leben gespielt wird“, so Perc.

NEUES AUS DEN ORTSVEREINEN

KONTINUITÄT, ENGAGEMENT UND BÜRGERBETEILIGUNG

von Hans-Georg Kerler

Bei der Jahreshauptversammlung der Zuffenhäuser SPD berichtete der Vorsitzende Hans-Georg Kerler von den politisch prägenden Ereignissen und Aktivitäten des abgelaufenen Jahres und der Planung für 2012. Der Bogen spannte sich von den Folgen der Katastrophe von Fukushima und dem Ausstieg aus der Atomkraft über die Landtagswahl mit der Bildung der grün-roten Landesregierung. Kerler begrüßte die Umsetzung des Regierungsprogramms in der Bildungspolitik, besonders die Einführung der Gemeinschaftsschule und des neunjährigen Gymnasiums. Der Volksentscheid im November trage viel zur Befriedung im Streit um Stuttgart 21 bei, doch müsse die Bevölkerung eine Gelegenheit konstruktiver Beteiligung vor allem bei der Bebauung und Gestaltung der frei werdenden Bahnflächen erhalten.

Die SPD in Zuffenhausen trat 2011 mit mehreren Veranstaltungen in die Öffentlichkeit: die Zeitarbeit und die Sicherheit der Arbeitsplätze, der Koalitionsvertrag und das Gesundheits- und Pflegewesen standen auf der Tagesordnung. Weiterhin wurden Gespräche zu kommunalen Problemen wie zur Bebauung am Roten Stich und zur B 10/27

mit dem Baubürgermeister und städtischen Ämtern, Gemeinderats- und Landtagsfraktion geführt – teilweise mit Beteiligung von Vertretern der Zuffenhäuser Bevölkerung. Für das erste Halbjahr 2012 sind die Themen Stadtwerke und Wohnungen vorgesehen. Die Zuffenhäuser SPD ist offen für die Beteiligung von Bürgern an der Kommunalpolitik und wird sich noch stärker um dieses wachsende Bedürfnis kümmern. Das Planungsverhalten städtischer Ämter beteiligt die Bürger oft erst nach abgeschlossener Planung, obwohl das Baugesetz eine frühe Einbeziehung der Öffentlichkeit ermöglicht. Auch dem Bezirksbeirat geht es ähnlich. Er steht bei seinem Votum zu städtischen Vorlagen nicht selten unter Zeitdruck. Hier muss sich etwas ändern.

Fraktionssprecher Uwe Mammel berichtete aus dem Bezirksbeirat. Er ging besonders ein auf den Wohnungsbau, die Renovierung und den Neubau von Kindertagesstätten, den Schulentwicklungsplan, die Festplatzplanung und die gerade erfolgende aufwendige Renaturierung des Feuerbachs beim ehemaligen Sportplatz Zazenhausen. Zuletzt hatte das Vergnügungsstättenkonzept der Stadt für Debatten gesorgt.

Zwar will die SPD keine Spielhallen und Wettbüros in Zuffenhausen – wegen der Suchtgefahr und sozialer Probleme. Aber das Recht auf die freie Ausübung eines Geschäftes wird von Gutachtern und der Stadt juristisch höher eingestuft. Deshalb strebt die Stadtverwaltung eine erhebliche Begrenzung auf den mittleren und oberen Teil der Unterländer Straße an. Eine Abwertung der Einkaufsmeile will die SPD aber nicht in Kauf nehmen. Sie setzt auf die Verschärfung gesetzlicher Regelungen durch die grün-rote Landesregierung. Ein schöner Erfolg ist der von der SPD geforderte Neubau auf der Jugendfarm. Hier hatte sich der aktive Einsatz der Freunde der Jugendfarm beim Bürgerhaushalt ausgezahlt. Außerdem wurden Wünsche besonders in der Sozialpolitik an Partei und Gemeinderatsfraktion herangetragen.

Die Vorstandswahlen bestätigten weitgehend den bisherigen Vorstand. Vorsitzender: Hans-Georg Kerler, Stellvertreter: Michael Simon und Odino Fratter, Kassier: Uwe Mammel, Schriftführer: Thomas Muno, Beisitzer: Valentina Berg, Julia Ibe, Harald Seeger und Michael Völker. Die beiden Letzteren wurden neu in den Vorstand gewählt.

KUNSTVERSTEIGERUNG ZU GUNSTEN FRAUEN HELFEN FRAUEN E.V.

Seit über 30 Jahren engagiert sich der Stuttgarter Verein Frauen helfen Frauen gegen Gewalt an Frauen, Mädchen und Jungen. Er unterhält ein Frauenhaus, das den Betroffenen anonymen Schutz gewährt. Zwei Beratungsstellen bieten eine Anlaufstelle bei häuslicher Gewalt und Stalking. Außerdem ist es dem Verein ein wichtiges Anliegen, häusliche Gewalt öffentlich anzuprangern und sich auf politischer

Ebene für die Verbesserung der Situation von Opfern häuslicher Gewalt einzusetzen.

Nun führt der Verein eine Kunstversteigerung unter dem Motto „Unschlagbar“ durch. Der Erlös der Internetauktion kommt den Frauen, Mädchen und Jungen zugute, die im Frauenhaus von Frauen helfen Frauen e. V. Zuflucht finden sowie den Rat-

suchenden in den Beratungsstellen Beratung und Information für Frauen (BIF) und der Fraueninterventionsstelle (FIS). Angebote können bis zum 30. Juni abgegeben werden. Der oder die Höchstbietende erhält den Zuschlag.

Die Kunstobjekte sind zu ersteigern unter www.fhf-stuttgart.de/kunstversteigerung
Kontakt: Christiane Scheuing-Bartelmess
verein@fhf-stuttgart.de, Tel. 65835669

Kunstversteigerung
zu Gunsten
Frauen helfen Frauen e.V.



1
Hans K. Schlegel
Cologin / Grimaud



2
gu rhein
Stuttgarter Kunstmeile



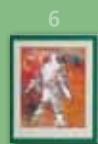
3
Hans Beck
Greutterwald, Weilmündorf



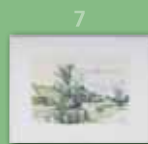
4
Lu Häussermann
Mutter mit Kind



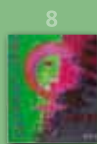
5
Ada Pint
Zyklus Ball' Adas, 2009



6
Friedrich Heider
Mensch im All



7
Hans Beck
Max-Eyth-See



8
anonym
Unschlagbar



9
gu rhein
Stuttgart, unbeschwert



10
„feel good I“
Cornelia Scheuing-Luley
„feel good II“
„feel good III“



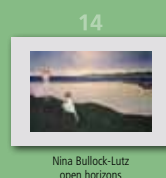
11
Ada Pint
Zyklus Ball' Adas, 2010



12
Friedrich Heider
Mühlhausen a. d. Enz



13
Barbara Heuschkel
Rosen



14
Nina Bullock-Lutz
open horizons



15
Bettina Kohlen
„behütet“



16
katherine sandoz
marsh (H)



17
Prof. Karl Ulrich Nuss
Hochziehen



18
Rachel Bullock
Girl and Ginger

GASTBEITRAG

CALEIDOSKOP: ENGAGEMENT UND EHRENAMT

von Ulrike Holch, Caleidoskop

Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer demokratischen Gesellschaft unverzichtbar. Es bietet dem ehrenamtlich tätigen Menschen die Möglichkeit der Mitgestaltung und Selbstverwirklichung. Auf der anderen Seite profitieren viele Menschen von dem Engagement der Ehrenamtlichen. Viele Angebote in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wären ohne Ehrenamtliche nicht denkbar und vor allem nicht durchführbar. Die Bereitschaft, für das gemeinsame Ganze oder für bestimmte Belange Verantwortung zu übernehmen, ist daher eine Grundlage unserer Zivilgesellschaft.

Ehrenamtliches Engagement hat für die Ehrenamtlichen selbst unschätzbare Vorteile. Im Ehrenamt werden wichtige Schlüsselqualifikationen vermittelt wie z.B. Kommunikationsfähigkeit, Selbstbewusstsein, Teamfähigkeit, Zuverlässigkeit und soziale Kompetenz.

„Wir wollen noch mehr Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich freiwillig zu engagieren. Denn ohne Bürgerinnen und Bürger ist kein Staat zu machen“, sagt SPD-Ministerin Altpeter. Schon heute setzen sich in Baden-Württemberg rund 41 Prozent der Bevölkerung in ihrer Freizeit freiwillig und unentgeltlich für andere ein. Die-

se Menschen sind nicht nur Vorbild, so Ministerin Altpeter „sie sind für die Politik auch Verpflichtung, mit guten Rahmenbedingungen einen Nährboden zu schaffen, der solches Engagement ermöglicht und fördert“. Engagement zu ermöglichen und zu fördern bedeutet für die Politik Hindernisse zu beseitigen, die bürgerschaftliches Engagement erschweren. Vor allem Information und Beratung über die Möglichkeiten des Engagements ist originäre Aufgaben der öffentlichen Hand und wird auch in der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beauftragten Studie zum Thema Ehrenamt, dem Freiwilligensurvey mit 56% Nennungen vor allem in Baden-Württemberg von den Freiwilligen als größter Handlungsbedarf analysiert (Freiwilligensurvey 2009, Sonderauswertung Baden-Württemberg).

Aufklärung und Beratung gehören zu den Hauptaufgaben der Freiwilligenzentren. Seit 2005 gibt es das Freiwilligenzentrum Caleidoskop, das im Sinne der Subsidiarität diese Aufgaben wahrnimmt. Wir beraten, vermitteln, begleiten und qualifizieren Institutionen und Einzelpersonen. Die Leistungen kommen der Bürgergesellschaft in Stuttgart zugute. Trotzdem wird das Caleidoskop seit 7 Jahren ausschließlich durch Stiftungsmittel und Eigenmittel des Caritasverbandes finanziert.

Die Stadt Stuttgart hat eine Regelförderung von nur einer halben Planstelle zuletzt im Doppelhaushalt 2012/2013 abgelehnt. Keine Partei ist letztlich bereit für das Ehrenamt Geld in die Hand zu nehmen. Eine Personalreduzierung und damit eine Einschränkung der Leistungen war die Folge, da der Caritasverband 2012 die Kosten für das FZ Caleidoskop nicht mehr komplett stemmen kann. Verschiedene Angebote müssen seither stark eingeschränkt werden (Institutionsberatung, Begleitung bei der Planung von Projekten mit Ehrenamtlichen, Beratung von Organisationen und Wirtschaftsunternehmen zu Themen des freiwilligen Engagements usw.).

Eine weitere Einschränkung ist die Forderung nach finanzieller Beteiligung der Trägern, Verbänden und Einrichtungen oder Initiativen, die nicht zum Caritasverband gehören. Für sie fällt seit 2012 eine Pauschale für unsere Dienstleistungen an. Das können sich kleinere Einrichtungen und Dienste finanziell nicht leisten. Damit stehen unsere Leistungen nicht mehr allen, sondern nur noch den besser finanzierten Einrichtungen zur Verfügung. Den vielen kleinen Initiativen, die für unsere Vielfalt in der Gesellschaft sehr bedeutend sind stehen unsere Dienste nicht mehr zur Verfügung. Langfristig schadet das dem Ehrenamt insgesamt.

GLOBAL CAMPUS IN HOHENHEIM

von Robert Sanocki

Am 19. April fand eine gut besuchte Veranstaltung mit Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin a.D. (SPD), an der Uni Hohenheim statt. Die Podiumsdiskussion wurde organisiert von Global Campus, einer neuen studentischen Initiative an der Universität Hohenheim. Ihr Ziel: regelmäßig Diskussionsveranstaltungen zu globalen Problemen und Chancen.

Jahrzehntelang erwies sich eine Investition in Ackerland als unattraktiv: Ab den 1960er Jahren fielen die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel.

Doch 2008 schossen die Lebensmittelpreise wieder in die Höhe. „Spätestens seit dieser Nahrungspreiskrise haben Investoren den Wert von Land begriffen“, bestätigt Prof. Dr. Regina Birner. Die Agrarwissenschaftlerin ist Leiterin des Fachgebiets „Sozialer und institutioneller Wandel in der landwirtschaftlichen Entwicklung“ an der Universität Hohenheim. Daher kommt es nun zunehmend zur großflächigen Aneignung von Agrarland durch finanzkräftige Investoren, oft auf Kosten der kleinbäuerlichen Familien, die von ihrem Land vertrieben werden.

Es wurde intensiv über Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Dabei brachte sich der Ortsverein und die Jusos mit ein.



NEUES AUS DEN BEZIRKEN

IMPRESSIONEN DER STADTBEZIRKSTOUR MIT BETTINA WILHELM



TERMINE

KREISDELEGierten-KONFERENZ

MITGLIEDERÖFFENTLICH

21. MAI 2012, 18 UHR
GEWERKSCHAFTSHAUS
WILLI-BLEICHER-STR. 20
70174 STUTTGART

AKTUELLE INFOS IM INTERNET:

 spd-stuttgart.de

 twitter.com/spdo711

 facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebekka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den
eingesandten Beiträgen der
Gliederungen und Gäste.
Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de